

Ressort: Politik

Datendiebstahl: SPD und Grüne kritisieren Informationspolitik

Berlin, 05.01.2019, 14:19 Uhr

GDN - Nach der Veröffentlichung einer großen Menge persönlicher Daten von Politikern und Prominenten im Internet gerät das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in die Kritik. "Dass Abgeordnete durch die Medien oder über Umwege aus Sicherheitskreisen informiert wurden, ist maximal unbefriedigend", sagte der digitalpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jens Zimmermann, dem "Handelsblatt".

Das BSI habe nach eigenen Angaben bereits seit Anfang Dezember von dem Hackerangriff gewusst, habe aber nur einzelne Betroffene darüber informiert, berichtet die Zeitung. "Mir scheint beim Schutz aller Verfassungsorgane ein zu isolierter Blick auf die internen Netze gelegt zu werden", so Zimmermann weiter. Dabei sei "ganz klar, dass politische Einflussnahme immer weniger durch politische Inhalte funktioniert, sondern durch vermeintlich belastendes Material aus dem Privaten." Insofern müssten die zuständigen Behörden gemeinsam mit den Betroffenen auch den Bereich privater Kommunikation besser schützen. "Es ist kein Zufall, dass das berühmte durch die NSA abgehörte Handy der Kanzlerin ein Partei- und kein Regierungsgerät war", so der SPD-Politiker. Kritik kommt auch von den Grünen. "Sollte es sich tatsächlich bewahrheiten, dass das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik schon seit längerer Zeit vom Datenklau gewusst hat, ist es unerklärlich und verantwortungslos, dass das BSI erst so spät tätig wurde", sagte die netzpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Tabea Rößner, dem "Handelsblatt". Auch stimme die Aussage nicht, dass die betroffenen Abgeordneten alle kontaktiert worden seien. "Zahlreiche Betroffene berichten, dass sie erst davon erfahren haben, als sie von wildfremden Leuten angerufen wurden", so die Grünen-Politikerin weiter. "Das gilt übrigens auch für mich." Rößner sprach von einem Angriff auf Grundrechte vieler Menschen, der mit der gezielten Veröffentlichung der Daten von Journalisten, Künstlern und Politikern auch ein "Angriff auf unsere Demokratie" sei. Deshalb müsse jetzt "dringend und konsequent aufgeklärt und geahndet" werden.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-117948/datendiebstahl-spd-und-gruene-kritisieren-informationspolitik.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619